

Schwarz-gelb spart bei Bildung massiv ein

Das Sparpaket der neuen Landesregierung liegt auf dem Tisch. Für Schule und Kita bedeutet das:

- * jede sechste Lehrerstelle bis 2020 soll wegfallen – 3650 Stellen
- * viele Lehrer müssen seit 2010 mehr Unterricht geben – 450 Stellen
- * das Land gibt kein Geld für die Schülerbeförderung mehr – minus sieben Mio. Euro
- * bei den dänischen Schulen wird gekürzt – knapp fünf Mio. Euro minus
- * das beitragsfreie Kita-Jahr wurde nach einem Jahr wieder abgeschafft, ein Teil geht an die Kommunen – minus 25 Mio. Euro

Wir fordern: Grunderwerbsteuer jetzt rauf!
Soli-Ost zum Bildungssoli machen, denn: Haushaltssanierung und Bildungsinvestitionen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Auch wir Grünen haben keine Gelddruckmaschine. Aber unser letzter Haushaltsentwurf hat alle Einsparungen im Bildungsbereich (mit Ausnahme der Mehrarbeit) vermieden. Wir haben gezeigt, wie man mehr Studienplätze, mehr Lehrerfortbildung, mehr Zeit für individuellen Unterricht und Schulsozialarbeit konkret finanzieren könnte.

Viele große Herausforderungen wie die Inklusion und der Ganztagsbereich werden schwer zu stemmen sein. Wir wollen darum dem Bund mehr Kompetenzen in der Schulpolitik geben.



Anke Erdmann

Bildungspolitische Sprecherin

Bündnis 90/Die Grünen
Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
T: 0431-988-1514
anke.erdmann@gruene.ltsh.de

Unsere Ideen für bessere Schulen:
www.plietsch.sh

Mai 2011



Rolle rückwärts in der Schulpolitik?

Die doppelte Rückwärtsrolle

Erstens: Rückwärts beim Schulgesetz

Die Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein ist weiter in nervöser Unruhe. Obwohl die schwarz-gelbe Landesregierung produktive Ruhe versprochen hatte, führte das neue Schulgesetz zu monatelangen Diskussionen um G8/G9 und die Ausgestaltung der neuen Gemeinschaftsschulen. Und so wird die Reform von 2007 reformiert, bevor sie überhaupt an den Schulen richtig umgesetzt werden konnte.

Auch nach Verabschiedung des Schulgesetzes haben sich die Wogen nicht geglättet, denn die Reformideen des Ministers sind am Schreibtisch entstanden und vor Ort schwer umsetzbar.

Zweitens: Rückwärts in der Ausstattung

Zum anderen wird im Bildungsbereich ordentlich gespart: So werden den Regional- und Gemeinschaftsschulen wichtige Stunden gestrichen, die sogenannten Differenzierungsstunden, in denen zwei Lehrkräfte in der Klasse sind – eine wichtige und gute Maßnahme, um den Jugendlichen gerecht zu werden. In einem weiteren Schritt wurde die Lehrerarbeitszeit erhöht. Viele Lehrkräfte, die sich für Ihre Schülerinnen und Schüler engagieren, arbeiten an der Belastungsgrenze. Drastisch ist aber der Abbau von je 300 Lehrerstellen in den kommenden beiden Schuljahren. Falsche Richtung!

Besonders treffen die Veränderungen die Gemeinschaftsschulen: Viele Schulen sammeln gerade Erfahrungen mit neuen Wegen beim gemeinsamen Lernen und individueller Förderung, einige sind erst mit Beginn dieses Schuljahres als neue Schulform gestartet. Die Botschaft des Ministers ist: „Wer sich bewegt hat, war selber schuld.“



Schulchaos statt Schulfrieden durch Schwarz-gelb. Lehrkräfte brauchen aber Rückenwind, um mit Kindern und Jugendlichen zu arbeiten.

Gemeinsam an den Runden Tisch

Wir Grünen waren mit der Schulreform der Großen Koalition nicht zufrieden. Aber Schulen brauchen produktive Ruhe. In Bremen hat die CDU aus der Opposition heraus angeboten, einen Kompromiss mit der Regierung zu schließen – alle Parteien sollten sich für zehn Jahre auf Ziele und Grundlinien einigen. Neue Regierung: Beständige Schulpolitik – das war der Ansatz.

Diesen Runden Tisch wollten wir in Schleswig-Holstein, gemeinsam mit Vertretungen der Schulen – Lehrkräften, Eltern und Jugendlichen. Eine entsprechende Volksinitiative wurde von Eltern gegründet. Viele Menschen unterstützen diese Idee, aber die FDP konnte und wollte sich – nach so langer Zeit am bildungspolitischen Hebel – darauf nicht einlassen.

Schülerrückgang für Qualität nutzen

Wichtig ist, wie SchülerInnen ohne erheblichen Lernstress und mit angemessener Wahlfreiheit zum Abitur kommen; wie wir verhindern, dass zehn Prozent unserer Jugendlichen die Schulen ohne Abschluss verlassen; wie die neuen Schularten ins Laufen kommen und vor allem: welche Unterstützung die Kollegien brauchen, damit sie neue Methoden und gemeinsames Lernen zum Erfolg führen können.

Bis 2020 gehen die Schülerzahlen drastisch zurück. Rechnerisch werden dadurch 2900 Lehrerstellen überflüssig. Die Regierung plant sogar 3650 Stellen abzubauen.

Wir Grünen fordern, das Geld komplett im Bildungssystem – von Kita bis Uni zu lassen. Ein Drittel sollte als Lehrerstellen im System bleiben. Zudem brauchen wir aber Mittel für mehr Lehrerfort- und -weiterbildung, für Sozialpädagog/innen und Differenzierungsmöglichkeiten.

Die Übergänge zwischen den verschiedenen Lernorten von Kita über die Schule bis in den Beruf müssen besser begleitet werden.